

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/019

Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein, Teil 2

Hauptziele der alliierten Siegermächte nach dem Kriegsende 1945: Demilitarisierung, Demontage, Denazifizierung und Demokratisierung bzw. Umerziehung

Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt.

Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der US-Besatzungsmacht (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

- a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
- b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.
- c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größtenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.

Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa". Die Westmächte verloren bereits bei

den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin.

Die 3 Siegermächte USA, Großbritannien und UdSSR beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Teile der mitteldeutschen Gebiete - mit ca. 7,0 Millionen Einwohnern - wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration SMAD verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.

Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.

Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/...): >>>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."

Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.

Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung JCS 1067 vom April 1945 heißt es: *"Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*

Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: *"Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*

Die angloamerikanischen Ziele

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:

"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:

Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.

Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde. "Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profi-

tieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." ...<<

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue "Heimat" zurück.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<

Am 15. Mai 1945 stellten die alliierten Militärbehörden Italien rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.

Ein gefangener Feldwebel der Wehrmacht berichtete am 19. Mai 1945 über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x131/58-59): >>... Kameraden äußern die Absicht, bei Nacht und Nebel aus dem Lager zu fliehen. Einige wagen es. Manche kommen durch, manche werden wieder gefangen.

Einer erzählt mir: "Wir gingen zu zehnt über den Stacheldraht. Alles schien zu klappen. Da - ein Geräusch. - Der Posten schießt. - Die einen rennen vorwärts, die anderen zurück. Jagd auf die Ausreißer. Einige strecken die Hände hoch, sich zu ergeben. Sie werden erbarmungslos erschossen. - Ich werfe mich auf den Boden und stelle mich tot. Der Ami stößt mich mit dem Fuß an - ich rühre mich nicht. Als er sich entfernt, zwänge ich mich wieder unter dem Draht durch ins Lager zurück. - Die Flucht ist mißlungen, doch ich lebe noch." ...<<

Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67).

Die planmäßige Tötung von deutschen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges



Abb. 69 (x131/192a): Eines der sogenannten Rheinwiesenslager bei Sinzig am Rhein, Frühjahr 1945.

Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.

Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung Schwedens, die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war ... darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.

Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<

Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.

Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deut-

schen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!

Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt. ...<< Das US-Kriegsministerium berichtete am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hätte (x106/440).

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - stellte man später zwar fest, daß es nicht die Absicht der Alliierten wäre, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber in den ost- und westeuropäischen Kriegsgefangenenlagern leisteten damals bereits Millionen von deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrige Zwangsarbeit.

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 31. Juli 1945 über die deutschen Kriegsgefangenen in US-Lagern (x124/40): >>... In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<

Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" trafen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Wer-

schetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere lag an der rumänisch-ungarischen Grenze.

Am 4. August 1945 erteilte General Eisenhower den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<

Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...

Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifertes Glücksspiel bezeichnen.

Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.

Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. - Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen. Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...

Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.

Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.

Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die Offiziere des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.

Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/244-246,11-12): >>Die deutschen Soldaten, in Angst vor der Rache der Russen, rannten um ihr Leben. Selbst noch Wochen nach Kriegsende am 8. Mai flohen die Soldaten massenweise in den Westen.

Die Westalliierten gaben selbst zu, über 9 Millionen Gefangene eingebracht zu haben, während Stalin dem amerikanischen Geheimagenten Harry Hopkins im Frühjahr 1945 persönlich mitteilte, er meine, die UdSSR hätte etwa 2,5 Millionen Gefangene, von denen 1,7 Millionen Deutsche seien und der Rest Rumänen, Italiener und Ungarn.

Die Zahl der sowjetischen Seite ist im allgemeinen von den westlichen Verteidigern ignoriert worden, denn diese beschuldigten mit Vorliebe die Sowjetunion dafür, Gefangene massenweise vernichtet zu haben. Je niedriger die Zahl der sowjetischen Gefangennahmen ist, desto unglaubwürdiger ist es, daß all diese Gefangenen in sowjetischen Lagern umgekommen sind. ...

Die Zahlen der toten Kriegsgefangenen, die die Amerikaner und Franzosen von 1950 bis 1990 den zaghaft nachforschenden Deutschen widerwillig angaben, waren so lächerlich niedrig, daß sie unter der Todesrate der Zivilbevölkerung zu dieser Zeit lagen.

Diese außergewöhnliche Information - daß hungernde Menschen, die im Schlamm schlafen, eine niedrigere Sterberaten haben als die Zivilbevölkerung, die in Häusern lebt und jeden Tag zu essen hat - störte die Deutschen nicht weiter. Sie ignorierten die Anzeichen, die ihnen regelrecht entgegenschrien, völlig.

General Buisson, auf den sich der deutsche Autor Böhme für seine Gefangenenakten für Frankreich beruft, war nicht nur Chef der Angelegenheiten für Kriegsgefangene der französischen Armee und Autor der lächerlich niedrigen französischen Todeszahlen, er errechnete sogar zu einer Gesamtzahl an Kriegsgefangenen 166.000 Männer, die die Franzosen in Lagern in Deutschland von den Amerikanern übernommen hatten, einfach nicht mit. Doch ein paar Seiten weiter in seinem Bericht behauptete Buisson, daß eine Anzahl dieser Kriegsgefangenen auf der Stelle in Deutschland entlassen worden seien. So verschwinden in Buissons Zaubertrick 166.000 Menschen einfach, und 46 Jahre lang merkt es keiner. ...<<

>>... Wegen weit verbreiteter Verschleierung und weil einige Gefangenen-Dokumente schon bei ihrer Ausfertigung irreführend waren, wird die Zahl der Toten wahrscheinlich immer umstritten sein. Viele Akten wurden in den fünfziger Jahren vernichtet oder in Euphemismen versteckt. Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million.

Die Ursachen ihres Todes wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfe-Organisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert.

Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt, als das Rote Kreuz, Le Monde und Le Figaro versuchten, öffentlich die Wahrheit zu sagen. Akten sind vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschuß gehalten worden. Dies geht bis auf den heutigen Tag weiter.

Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando ... ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<

Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichteten am 21. August 1945 in Genf über

die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/-178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<

Der Reporter Serge Bromberger berichtete am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.

Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis ... eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<

Die französische Tageszeitung "Le Figaro" berichtete am 30. September 1945 über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...

Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.

Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...

Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<

Am 1. Oktober 1945 ordnete General Eisenhower weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportierte man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Die "United Press" berichtete am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.

Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:

"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."

Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:

"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische

Schwerarbeiterrationen zugeteilt.

Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61):

>>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes": "Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."

Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.

Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.

... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<

Im März 1946 berichtete ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die an der nordfranzösischen Atlantikküste Minen räumen mußten (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>Stacheldrahtbörse ...

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten Kriegsgefangenen müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten. Sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

... Der 1. Juli der ist der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<< Am 26. März 1947 gab die US-Militärregierung offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>Senator Knowland erklärte: ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...

Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson: ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention Gefangene als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist, der dann hingerichtet wurde. ...

Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".

Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärte am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

Das bayerische Rote Kreuz berichtete am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müßten (x112/639).

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befanden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

Im Jahre 1950 teilte Bundeskanzler Adenauer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt werden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).

Dr. Kurt Wagner, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes, berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche

Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt.

Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.

Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.

Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10,3 Milliarden Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da. ...

Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...

Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...

Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.

Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.

Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt. ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht werden sollten (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser

sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.

Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. ...

Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der - wie wir heute zugeben - mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...

Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.

Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).

Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische

Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.

Reparationen und Wiedergutmachungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke Mittel- und Westdeutschlands demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/-31): >>Zertrümmerung des deutschen Industriestaates

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" in Gernrode im Harz und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem späteren nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem späteren britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland", berichtete am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.

Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

Die SMAD ließ am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahme aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Die SMAD befahl am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.
3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.
4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<

Die Proklamation Nr. 2. des Alliierten Kontrollrats löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer damals etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195).

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften", die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.

Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten als Reparationen übernommen.

In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen wurde aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt (x111/172).

Am 25. Mai 1946 stoppte die nordamerikanische Militärregierung vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

Ab 21. Oktober 1946 begann die sowjetische Aktion "Ossawakim". Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden damals in die UdSSR deportiert (x116/146).

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill im September 44 erörtert; es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta beschlossen die Alliierten im Februar 45 die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung von 20 Milliarden Dollar.

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen

Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür ... die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industriepan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemassnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Der deutsche Historiker Karl Jering berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen.

Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen beabsichtige, möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen (x111/259).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner - Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten, illegal, aber geduldet, gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford ... fest. ...<<

Die Interalliierte Reparationsagentur berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen würden (x111/263).

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtete im Januar 1947 (x353/23): >>... Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<

Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM. Zu den

abgebauten Industriebetrieben gehören z.B. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

US-Militärgouverneur Clay erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industrierwerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 eine am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).

In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

Am 6. November 1947 wurde die französische Demontageliste veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke - davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie - in der französischen Zone (x111/386).

Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.

Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen bzw. Kriegsentschädigungen aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM) (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark, Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden Reichsmark, sonstige Leistungen, deutsche Patente etc. rd. 27 Milliarden Reichsmark und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden Reichsmark.

Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.

Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>... Im September 1945 wurde die erste Gruppe

von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden

...

Die Operation ... wurde 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<< Die interalliierte Reparationsagentur berichtete am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über die Demontagen (x973/...): >>... Die Frage der Demontage unserer industriellen Anlagen bewegt das gesamte deutsche Volk. Es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der sich gegen die Demontage wirklich kriegswichtiger Industrien irgendwie wendet. Aber die Vernichtung großer wirtschaftlicher Werte ist eine Angelegenheit, die man im Ausland nicht damit abtun sollte, daß es einmal so beschlossen ist.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Die letzte Änderung der Liste der zu demontierenden Werke war zwar, rein äußerlich betrachtet, ein großes Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen; sachlich, der Produktionskapazität und dem Werte nach gesehen, sind aber die deutschen Wünsche nur zu etwa 10% erfüllt worden.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Demontagefrage ist auch eine Frage von großer psychologischer Bedeutung. Man versteht in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes nicht, daß man mit der einen Hand ihm wirtschaftliche Hilfe gibt und mit der anderen Hand wirtschaftliche Werte zerstört.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Man glaubt im deutschen Volke, daß damit die auch von ausländischen Staatsmännern wiederholt abgegebene Erklärung schwer zu vereinbaren ist, daß Deutschland zum Wiederaufbau Europas notwendig ist. Zur Zeit sind die maßgebenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs in Washington versammelt. Das deutsche Volk würde sich herzlich freuen, wenn diese Zusammenkunft dazu benützt würde, um das deutsche Demontageproblem einer Nachprüfung im Sinne einer Berücksichtigung der deutschen Wünsche zu unterziehen. Ich glaube, wenn auch mit aller Vorsicht, sagen zu können, daß man die Hoffnung hegen darf, daß dies in Washington geschieht.

(Bravo! in der Mitte und rechts.) ...<<

In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark zahlen. Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2,3 Milliarden Reichsmark und Deutsche Mark für ehemalige verschleppte ausländische Zwangsarbeiter aufzubringen (x111/79-80).

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DAß während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DAß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene. ...

So vor allem an Israel 3 Milliarden Deutsche Mark, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden Deutsche Mark nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. -

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden Deutsche Mark; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden Deutsche Mark als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden Deutsche Mark als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden Deutsche Mark Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.

In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.

Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten". ...

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern". ...<<

Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen Reparationsleistungen der SBZ in Höhe von: 69,95 Milliarden Deutsche Mark.

In diesem Betrag sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 Deutsche Mark je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und über 3.000 Optikspezialisten mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jegli-

cher Form ab.

Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft. Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte, wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden - von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet - immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fällen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden. ...

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. ...

Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Mitteldeutschen sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf **727,2 Milliarden Mark**. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von

Bund und Ländern getragen worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams, Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden, brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen - soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und - wo möglich - den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben - im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts.

Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung.

Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissensforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**

... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören.

Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte.

... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen.

Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".

Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.

Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.

In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."

Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg? ...

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt. ...

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf

Deutschland" von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

Vieles wissen die Zeitgenossen über Deutschland zur Zeit der nationalsozialistischen Regierung und die junge Bundesrepublik - vor allem alles über deren dunkle Seiten. Daß aber zwischen der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und der Gründung der BRD sowie der DDR die Deutschen vier Jahre lang unter der Herrschaft von Militärregierungen der Sieger leben mußten, das ist weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt.

Kaum jemand weiß über die damaligen Lebensverhältnisse der Besiegten und über das Verhalten der Sieger Konkretes.

... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Reste der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangene den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu entwaffneten feindlichen Streitkräften erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zer schlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervor getan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiert sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.

Der Durchschnittsbürger ist nicht reich

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag. Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.

Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.

Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<